

*Wir wünschen Ihnen besinnliche, frohe
Festtage und einen guten Rutsch ins
neue Jahr.*



Liebe Leserinnen und Leser



Wir blicken auf ein bewegtes Jahr zurück. Wir haben etwa über die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» oder über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus befunden. Auch auf kantonaler Ebene konnten wichtige Infrastrukturprojekte wie der Ausbau der K 36 durch die Lammchlucht oder das neue Verwaltungsgebäude für den Kanton Luzern vorangetrieben werden. Bei sämtlichen Abstimmungen – und die Luzernerinnen und Luzerner haben gesamthaft über 17 Vorlagen befunden – stand die SVP zwar nicht immer auf der Gewinnerseite, aber sie hat stets nach ihren Grundsätzen Freiheit, Sicherheit und Eigenverantwortung für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gekämpft. So konnten auch wichtige Erfolge erzielt werden, auch wenn die SVP allein gegen alle kämpfen musste. Ich denke da etwa an das Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz). Ein wichtiger Erfolg für unsere Partei.

Das Politjahr 2021 war aber überschattet von den Massnahmen zur Bekämpfung von Covid-19. An dieser Stelle möchte ich alle bitten den Familien zu Gedenken, die dieses Jahr ein Familienmitglied oder einen Freund mit oder ohne Corona verloren haben.

Wer 2020 dachte, dass die Pandemie schnell überwunden sein würde, wurde eines Besseren belehrt. Nach wie vor hält uns das Virus fest im Griff und bestimmt unseren Alltag. Das Virus darf aber nicht unsere politische Arbeit beeinflussen und uns als Partei schwächen. Unser Schaffen ist wichtiger denn je. Zu verheissungsvoll ist für viele der bequeme Schoss des Staats geworden, der sich immer schneller und stärker ausbreitet. Es überrascht dabei nicht, dass sich die Medien mit neuen Rekordzahlen bei den Verwaltungsstellen überschlagen. Auch im kommenden Jahr werden wir alles daran setzen, dass die Freiheit der Bürger bzw. der Bürgerin im Fokus steht und nicht eine Klientel, die sich immer neue Jobs zuschaufelt.

Ich wünsche Ihnen und Ihrem Umfeld besinnliche und frohe Festtage sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr. Geniessen Sie die ruhige Zeit um Weihnachten und tanken Sie neue Energie für das bevorstehende Jahr.

Die Präsidentin
Angela Lüthold-Sidler

Wichtiges im Januar >>

- 05 | Sessionsrückblick mit Franz Grüter
- 07 | Redaktionsschluss SVP news (bitte Wunschthemen einsenden)
- 15 | Eidgenössische Delegiertenversammlung in Bern
- 19 | Fraktionssitzung
- 27 | Die DV findet via zoom statt. Weitere Infos werden den Delegierten noch mitgeteilt.



Gaht's no?!

EU greift erneut unsere Freiheit an!

Das Parlament greift erneut in die Freiheiten der Konsumenten und Unternehmen ein. Dieses Mal in Form des neuen Filmgesetzes, der «Lex Netflix», welches eine neue Sondersteuer vorsieht, uns den Heimatschutz von Brüssel aufzwingt und die SRG weiter stärkt. Mit der Ergreifung des Referendums hat der Kampf um das Gesetz aus dem Haus von Alain Berset begonnen!

Weitere Informationen unter:
www.filmsteuer-nein.ch



Das Referendum «Staatsmedien NEIN» kommt vors Volk

Am 13. Februar 2022 wird die Schweizer Stimmbevölkerung über das Referendum «Staatsmedien NEIN» befinden. Damit wird sich das Volk zu den «unnötigen und schädlichen Subventionen» in der Medienwelt äussern können.

Bereits einen Monat vor Ablauf der Referendumsfrist war es klar: Das Referendum «Staatsmedien NEIN» kommt zustande. Die magische Grenze von 50 000 Unterschriften wurde schnell überschritten, die es für das Zustandekommen eines Referendums braucht. So kommt es am 13. Februar 2022 zu einer Volksabstimmung über das sogenannte «Massnahmenpaket zugunsten der Medien».

Nein zu Steuermilliarden für Medien-millionäre

Dieses sieht neu jährliche Subventionen von 178 Millionen Franken an die privaten Medien vor, mit einer Laufzeit von mindestens sieben Jahren. Darüber hinaus profitieren die privaten Medien von einer Mehrwertsteuer-Vergünstigung im Wert von rund 130 Millionen und ihre Radio- und TV-Stationen bedienen sich mit 81 Millionen im SRG-Gebührentopf. Jährlich fliessen so rund 400 Millionen Franken an die reichen Verleger und grossen Konzernmedien. In sieben Jahren macht das unverschämte 2,8 Milliarden Franken. Von der vorgesehenen Medienförderung profitieren hauptsächlich die auflagenstarken Verleger. Ein beträchtlicher Teil der vielen Steuermillionen fliesst in die Taschen der Verlegerfamilien Coninx, Ringier oder Wanner.

Medienkonzerne liefern Argument gegen Staatsfinanzierung

Das schlagendste Argument gegen die Staatsfinanzierung der Medien lieferten gerade die beiden grössten Medienkonzerne der Schweiz, die Tages-Anzeiger-Gruppe und Ringier. Sie legen ihr Online-Geschäft zusammen und verdienen dabei Milliarden.

Genau diese Milliardenkonzerne wären die Hauptprofiteure des neuen Mediensubventions-Gesetzes. Dank dem Zustandekommen des Referendums «Staatsmedien NEIN» kann diese Steuer-geldverschwendung an der Urne verhindert werden. Ebenso verheerend wäre die Annahme des Milliardensubventionspakets in demokratiepolitischer Hinsicht: Denn wenn der Staat die Medien kauft, werden sie zu Staatsmedien. Das wäre das Ende der freien und unabhängigen Medienlandschaft Schweiz, da niemand die Hand beisst, die einen füttert.

Breite politische Unterstützung

Gegen dieses unnötige und schädliche Mediensubventions-Gesetz hat das unabhängige Komitee «Staatsmedien NEIN» erfolgreich das Referendum ergriffen.

Ihm gehören Verleger, Unternehmer und Journalisten an. Ausserdem hat sich das unabhängige Journalistenkomitee «Freie Medien» konstituiert und in den Kantonen Basel-Stadt und Baselland ist ein weiteres Komitee aktiv. Eine wichtige Rolle im kommenden Abstimmungskampf wird das parteiübergreifende Politikerkomitee spielen, dem rekordverdächtige 72 Parlamentarierinnen und Parlamentariern angehören, darunter zahlreiche Vertreter der SVP Fraktion. Es gilt, ein deutliches Signal gegen den Griff der schwerreichen Konzernmedien in die Staatskasse zu setzen. Es kann und darf nicht sein, dass superreiche Verleger mit dem Segen der Politiker in die Taschen der Steuerzahler langen und so aus Gier die Glaubwürdigkeit des Journalismus zerstören.



Weitere Informationen finden Sie unter:
<https://staatsmedien-nein.ch/>



Nachgefragt bei

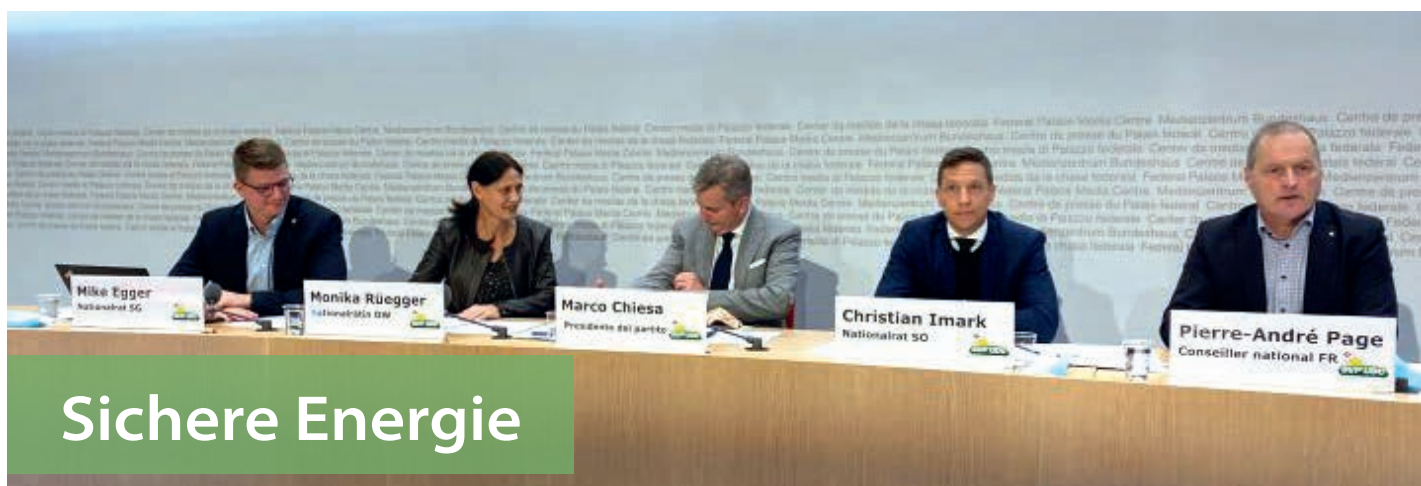


Roger Köppel
Nationalrat ZH

Weshalb setzen Sie sich für das Mediengesetz-Referendum «Staatsmedien Nein» ein?

Bundesrat und Parlament wollen die Medien mit jährlich 150 Millionen Franken «direkt» fördern, falls der Souverän dies nicht an der Urne verhindert. Diese politische Hilfestellung hat für die Verleger etwas Demütigendes. Vor allem aber beruht sie auf einem Fehlurteil über die Aufgabe der Medien wie über das Wesen der Marktwirtschaft.

Es kann nicht sein, dass überall dort, wo die Konsumenten wegbrechen, der Staat in die Brezche springt. Und es darf nicht sein, dass die Presse ihr unabhängiges Wächteramt verliert und sich – am Nasenring des Staates angebunden – einer bequemen Stallfütterung hingibt. Über diese traurige, künftige Rolle der Medien täuschen auch wohlklingende Begriffe nicht hinweg, wie «Rahmenbedingungen verbessern», «Angebotsvielfalt in den Regionen stärken» und «Unabhängigkeit erhalten».



Die SVP präsentierte ihr Positionspapier «Für eine sichere, umweltfreundliche und bezahlbare Energieversorgung». Um drohende Energiekrisen mit verheerenden Strommangellagen zu verhindern, muss die Schweiz mehr Strom produzieren.

Die Lage ist dramatisch: Der Schweiz droht der Strom auszugehen – mit immensen Folgen für Bevölkerung und Wirtschaft. «Verantwortlich dafür ist die gescheiterte Energiestrategie 2050, die den Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie vorsieht», betont SVP-Präsident Marco Chiesa. Die Energiepolitik der Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) sei eine «Notkocher-Politik», die den Wirtschaftsstandort Schweiz und den Wohlstand von über 8 Millionen Einwohnern akut gefährde.

Versorgungssicherheit mit klimafreundlicher Kernkraft sicherstellen

Um eine sichere, klimafreundliche und günstige Energieversorgung auch in Zukunft zu gewährleisten, braucht es einen Kurswechsel in der Energiestrategie. Die SVP fordert deshalb mit Nachdruck: Oberstes Ziel der Schweizer Energiepolitik muss die Versorgungssicherheit sein. Der Hauptfokus ist auf eine CO₂-freie Stromproduktion zu legen. Die Wasser- und die Kernkraft müssen die Grundpfeiler der Schweizer Stromversorgung bleiben, denn keine anderen Energieträger sind punkto Kapazität, Kosten und Versorgungssicherheit konkurrenzfähig. Die SVP fordert darum in aller Deutlichkeit, dass die gefährlichen ideologischen Experimente sofort beendet werden und die Schweizer Energiepolitik auf eine vernünftige Basis gestellt wird. Dem Ziel der Versorgungssicherheit müssen alle anderen Aspekte untergeordnet werden.

Petition

Die SVP fordert mit einer Petition, dass von Bundesrätin Simonetta Sommaruga ein ehrliches Bekenntnis ausgesprochen wird, dass die Energiestrategie gescheitert ist, die Sicherstellung der Stromversorgung oberste Priorität hat, ohne ausreichende Stromversorgung kein weiteres CO₂ reduziert werden kann, bis 2050 mindestens 40 TWh Strom zugebaut werden müssen (wegen Elektrifizierung, Zuwanderung und Wegfall bestehender KKW) und die Bevölkerung nicht mit neuen Abgaben belastet wird.

Unterschreiben Sie die Petition unter <https://petition.svp.ch>

Bild des Monats



General- und Delegiertenversammlung

Luzerner KMU-Barometer 2022: Covid-Gesetz ermöglicht optimistischen Blick ins 2022

An der Unternehmer-Impulsveranstaltung LUZERN 2022 des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Luzern konnte die Junge SVP Kanton Luzern verschiedene Ideen für das neue Jahr präsentieren und somit einen Impuls für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Luzern bieten. Bei der Mitgliederumfrage des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Luzern (KGL) wird jeweils in das nächste Jahr geschaut. Was die Wirtschaftslage im kommenden Jahr betrifft, sind die Luzerner KMU optimistisch gestimmt. Die Hauptsorge der KMU bleibt die Suche nach qualifizierten Fachkräften.

Aus den Ortsparteien

Verkehrslösungen statt Aktionismus

Ohne demokratischen Dialog haben die Gemeinderäte von Hochdorf, Ballwil und Eschenbach beim Kanton ein Gesuch um Einführung von Tempo 30 auf Kantonsstrassen eingereicht. Die SVP Ortsparteien Hochdorf, Ballwil und Eschenbach haben sich zusammengeschlossen und sammeln nun Unterschriften gegen diese Vorgehensweise.

Die Gemeinderäte von Hochdorf, Ballwil und Eschenbach haben beim Kanton ein Gesuch um Einführung von Tempo 30 auf Kantonsstrassen eingereicht. Dieses Gesuch haben sie ohne demokratischen Dialog mit den Parteien, Betroffenen oder interessierten Bevölkerungsgruppen versendet. Sogar die Begleitgruppen, welche zusammen mit dem Kanton Lösungen für das Verkehrsproblem der drei Gemeinden suchen, wurden umgangen. Die Bevölkerung hat erst im Nachhinein von diesen Plänen erfahren.

Gegenteilige Antwort

Anfragen über Umfang der Tempobeschränkung, die Auswirkungen sowie die Kosten wurden nicht, ausweichend oder verwirrend beantwortet. Zudem wurde von den Gemeinderäten auf den Kanton verwiesen, der jetzt für das Anliegen zuständig sei. Zudem wurde beteuert, dass noch nichts entschieden sei und dass das Gesuch lediglich eine Anfrage sei und erst später entschieden wird. Abklärungen der betroffenen SVP Ortsparteien beim Kanton haben aber genau gegenteilige Antworten ergeben. So würden die Gesuche der Gemeinden einen klaren Auftrag beinhalten, Gutachten mit viel Aufwand und hohen Kosten würden eingeleitet und sollten die Ergebnisse des Kantons ergeben, dass Tempo 30 sinnvoll wäre, würde das der Kanton, resp. der Regierungsrat, verfügen und niemand von den Gemeinden würde mehr um Meinung oder Einverständnis gefragt.

Klärung erforderlich

Daraufhin haben sich die SVP Ortsparteien Hochdorf, Ballwil und Eschenbach zusammengeschlossen und sammeln Unterschriften für eine Petition. Für sie ist klar: «Dieses Vorgehen ist nach unserer Sicht undemokratisch und gegen unsere Vorstellung von Gemeindepolitik!» Die Petition ist nicht grundsätzlich gegen Tempo 30 gerichtet, sondern primär gegen das undemokratische Vorgehen der Gemeinderäte. Sie fordern, dass die Gesuche umgehend zurückgezogen werden und zuerst der demokratische Dialog erfolgen soll, begleitet von fundierten Informationen, wie das ganze schlussendlich daherkommen soll.



Politik mit und für die Bevölkerung.



Das Beispiel aus Hochdorf, Ballwil und Eschenbach zeigt eindrücklich, was passiert, wenn die Bevölkerung umgangen wird.

Liebe SVP-Familie

Ich danke den Ortsparteien herzlich für ihr Engagement, nehmen sie doch eine wichtige Funktion wahr. Diese Funktion ist das Wesen der SVP, nämlich dann aktiv zu werden, wenn Behörden, Gremien oder sonstige vermeintliche Volksvertreter eigenmächtig handeln. Demokratische Prozesse und der Dialog sind wichtig, denn man darf keine Politik machen, die an den Interessen der Bevölkerung vorbeizieht. Genau dafür stehen wir: Politik mit und für die Bevölkerung. Auch kommendes Jahr können Sie sicher sein, dass wir uns gegen willkürliche Massnahmen wehren und immer das Interesse unserer Wählerschaft vor Augen halten.

Angela Lüthold-Sidler

IMPRESSUM

Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden.

Redaktion & Grafik: b2000 AG, 6020 Emmenbrücke
Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch

Weitere Informationen zur Petition sowie die Unterschriftenbögen finden Sie unter: www.pro-seetal.ch
Einsendeschluss: 20. Dezember 2021

